



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

## Pressemitteilung

**Mittwoch, 8. Juli 2009**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde,

das beiliegende Papier informiert Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Juni. Die Diskussion über Wege, Quelle zu retten, hat auch im Plenum einen breiten Raum eingenommen. Noch nicht im Plenum, dafür umso intensiver in der CSU-Fraktion wurde das neue Konzept aus dem Kultusministerium zur Überführung von Hauptschulen in Mittelschulen diskutiert. Das Ziel ist, eine Schule mit starker beruflicher Orientierung zu schaffen, die eine Vielzahl auf die jeweiligen Begabungen zugeschnittener Ausbildungsrichtungen vereint. Nach jedem an der Mittelschule erworbenem Abschluss gibt es für die Schüler, falls von ihnen gewünscht, einen schulischen Anschluss. Kleinere Hauptschulen sollten mit anderen im Rahmen von Schulverbänden kooperieren, um ihren Schülerinnen und Schülern die Angebote einer Mittelschule machen zu können. Ein offenes Geheimnis ist, dass Hauptschulen, die diesem Konzept nicht folgen, kaum Überlebenschancen haben werden. Folge ist auch, dass sich die Fahrzeiten innerhalb des Schulverbands verlängern werden, damit die Schüler die auf sie zugeschnittene Ausbildungsrichtung erreichen können. Noch nicht entschieden ist schließlich die Höhe der Eingruppierung der Direktoren und Konrektoren an der neuen Mittelschule. Alles in allem aber ist das Vorgehen alternativlos, um unser dreigliedriges Schulsystem zu erhalten.

Für mich persönlich standen im vergangenen Monat Fragen der Unterbringung und der Versorgung von Asylbewerbern ganz oben auf der Tagesordnung: zu zwei Gesetzentwürfen der Grünen und der Freien Wähler habe ich im Plenum (am 23. Juni und am 1. Juli) sprechen können. Hier erarbeitet die CSU-Fraktion gerade Vorschläge, die die Sozialpolitiker mit den Innenpolitikern noch abstimmen müssen. Für mich ist klar, dass eine Unterbringung einer Familie über die Dauer von 18 Jahren in einer Gemeinschaftsunterkunft - wie wir sie in Dachau noch immer erleben - der Vergangenheit angehören sollte. Immer intensiver auch wird die Diskussion über das "Neue Dienstrecht" in Bayern, das ab 2011 viele Neuerungen im Beamtenrecht bringen wird. Der 600 Seiten starke Gesetzentwurf liegt seit Mitte Juni vor. Nebenbei hat im vergangenen Monat der Vorsitz im Innenausschuss gewechselt. Neuer Vorsitzender - wiederum aus den Reihen der Freien Wähler - ist Joachim Harnisch. Zu diesen ganzen Vorgängen nur ein Satz: Ich habe noch nie eine so hoffnungslos überbewertete Person erlebt wie Frau Pauli. Und was den Landkreis Dachau direkt angeht, waren zwei Bot-

schaften aus dem Sozial- und dem Kultusministerium sehr erfreulich: die Hauptschule Karlsfeld erhält ab dem neuen Schuljahr 2009/10 einen Jugendsozialarbeiter an Schulen, die Volksschule Odelzhausen eine Ganztagsklasse.

So wünsche ich Ihnen/Euch allen nun viel Freude beim Lesen und grüße herzlich

Ihr/Euer  
Bernhard Seidenath

## Rundfunkgebühren vom Bereithalten eines Empfangsgeräts abkoppeln

Die **Hotels in Deutschland** sind im europäischen Vergleich mit **hohen Rundfunkgebühren** belastet. So zahlen Hotels mit weniger als 50 Zimmern für jeden Gästefernseher die Hälfte der regulären Rundfunkgebühren. Seit 2005 müssen Hotels mit mehr als 50 Zimmern sogar 75 Prozent der Rundfunkgebühren für jeden Fernseher entrichten. Damit nehmen die Rundfunkgebühren für die deutsche Hotellerie einen **einsamen Spitzenplatz in Europa** ein. Beispielsweise fallen bei einem Hotel mit 150 Zimmern in Deutschland pro Jahr ca. 23.000 Euro Rundfunkgebühren an, in Frankreich, dem Land mit den zweithöchsten Rundfunkgebühren, sind es nur rund

11.500 Euro. In Österreich, der Schweiz oder Italien liegt der Betrag jeweils unter 1.000 Euro, in machen Ländern der Europäischen Union zahlen die Hotels sogar überhaupt keine Rundfunkgebühren.

Die CSU-Fraktion sieht in dieser hohen Gebührenbelastung für das deutsche Hotelgewerbe einen **erheblichen Wettbewerbsnachteil**. Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die **Finanzierung des öffentlichen Rundfunks vom Bereithalten eines Empfangsgerätes zu entkoppeln**.

## Fortführungslösung für Quelle

Die **prekäre finanzielle Lage des Versandhauses Quelle** und das Ringen um eine tragfähige Fortführungslösung beherrschen seit vielen Tagen die Schlagzeilen. In der Region Nürnberg und Fürth sind mehrere tausend Arbeitnehmer und ihre Familien von der Insolvenz der Arcandor AG, der Versandsparte Primondo, der Karstadt Warenhaus GmbH und des Versand-

hauses Quelle betroffen. Die CSU-Fraktion nimmt deren Sorgen und Nöte ernst und hat deshalb die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, ihre **intensiven Bemühungen um eine tragfähige Fortführungslösung** für diese Unternehmen weiter zu führen.

Unser **Ziel** ist es, **möglichst viele zukunftsfähige Arbeitsplätze** an bayerischen Karstadt-Standorten und bei Primondo/Quelle in Nürnberg und Fürth aus der Insolvenz heraus **zu sichern**.

Unser **Einsatz hat sich gelohnt**: Mittlerweile haben sich der Bund, Sachsen und Bayern auf einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Euro für Quelle geeinigt. Damit kann Quelle sein Geschäft weiter aufrecht erhalten.

Eines haben wir aber auch klar herausgestellt: Uns liegen **nicht nur die großen Unternehmen** am Herzen, **sondern genauso auch alle kleineren und mittelgroßen Betriebe**, die infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Dabei hat sich der **bayerische Mittelstandsschirm**, mit dem wir **bereits mehr als 600 Firmen** helfen konnten, als wirksames Instrument mit großer Breitenwirkung erwiesen.

### Aufhebung des Moratoriums über das Endlager Gorleben

Um **auch in Zukunft eine umweltfreundliche, preiswerte und sichere Energieversorgung** zu gewährleisten, ist eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke in Deutschland für die CSU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. In diesem Zuge muss aber auch die **Erkundung bezüglich der Endlagerung hoch radioaktiver abgebrannter Brennelemente wieder auf-**

**genommen werden**. Denn jede Generation ist dafür verantwortlich, alle Anstrengungen zu unternehmen, den von ihr erzeugten Abfall zu beseitigen.

Deshalb haben wir von der Staatsregierung in einem Antrag verlangt, sich beim Bund für die Aufhebung des Moratoriums über das Endlager **Gorleben** einzusetzen.

### Bologna-Prozess in Bayern

Vor 10 Jahren unterzeichneten die Bildungsminister von 29 Staaten in Bologna die Erklärung zur **Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes bis zum Jahre 2010**. Hierdurch wurde eine der größten Reformen in der Geschichte der Hochschulen eingeleitet, die den Grundstein für einen stärkeren internationalen Austausch von Lehrenden und Studierenden und eine noch intensive-

re grenzüberschreitende Kooperation in Forschung und Lehre gelegt hat.

Im Mittelpunkt des Reformprozesses stehen die **Einführung transparenter und international vergleichbarer Studienstrukturen** sowie gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung der Qualität der akademischen Ausbildung. Ende April 2009 haben sich die Bildungsminister der inzwischen 46 teil-

nehmenden Staaten zu einer Fortsetzung des „Bologna-Prozesses“ bekannt.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, **über den Stand der Umsetzung des „Bologna-Prozesses“ zu berichten**. Dabei soll u. a. darauf eingegangen werden, wie viele Studierende es in den neuen Bachelor- und Master-Studiengängen gibt und wie hoch die Quote der auf diese neue

gestufte Studienstruktur umgestellten Studiengänge ist.

Außerdem wollen wir wissen, inwieweit die Elemente des „Bologna-Prozess“ in den Staatsexamensstudiengängen verwirklicht wurden und ob die Umsetzung der neuen Elemente zur Verkürzung der tatsächlichen Studiendauer, zur Senkung der Studienabbrecherquote und zur Erhöhung der Mobilität der Studierenden geführt hat.

## Weitere Maßnahmen und Initiativen

### **Mundartförderung in Kindertagesstätten und Schulen**

Angesichts der Tatsache, dass Mundartgebrauch immer seltener wird, andererseits unbestritten ist, dass eine **Förderung von Mundart und Dialekt zu einer umfassenden Sprachbildung und Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen beiträgt**, haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, über ihre Aktivitäten zur Mundart- und Dialektförderung in Kindertagesstätten und Grundschule bzw. weiterführenden Schulen zu berichten.

### **Bayern-Ticket attraktiver gestalten**

In einem weiteren Antrag haben wir von der Staatsregierung verlangt, zu prüfen und ggf. mit der DB Regio Bayern zu verhandeln, ob und inwieweit die **Geltungsdauer der verschiedenen Sonderangebote im Regionalverkehr regional flexibler gestaltet**

werden kann. Dabei kommt es uns insbesondere auf den Beginn um 9.00 Uhr an.

### **Einbindung der Stadt Bayreuth in das Schienenverkehrsnetz verbessern**

In einem Antrag haben wir uns dafür eingesetzt, dass die **Franken-Sachsen-Magistrale Dresden-Hof-Nürnberg gemäß den Festlegungen des Bundesverkehrswegeplans zumindest stufenweise elektrifiziert wird**. Außerdem soll die Staatsregierung prüfen, ob und wie sich die Stadt **Bayreuth** in ein künftiges elektrifiziertes Netz einbinden lässt.

### **Rechtsbehelfsbelehrungen drucktechnisch deutlicher gestalten**

Eine **bürgerfreundliche Gestaltung der Rechtsbehelfsbelehrungen** der Behörden des Freistaats Bayern ist ein wichtiger Beitrag zu einer modernen

und bürgernahen Verwaltung. Deshalb haben wir uns in einem Antrag dafür ausgesprochen, die Rechtsbehelfsbelehren durch klare drucktechnische

Hervorhebung der Frist, der jeweiligen Adressaten und der Form des Rechtsbehelfs zu verdeutlichen.